

## MEDIENMITTEILUNG

Thun, 21. Dezember 2017

Zum EU-Druck für ein Rahmenabkommen

### Schuss ins eigene Bein der EU!

**Die EU schießt sich nach Ansicht der EDU mit dem Druckmittel einer befristeten Gleichwertigkeitsanerkennung der Schweizer Börse ins eigene Bein. Investoren aus dem EU-Raum werden die Einschränkung selber am ehesten zu spüren bekommen. Bundesrat und Parlament haben die Schweizer Interessen deshalb selbstbewusst zu vertreten und der Forderung nach einem schnellen Abschluss eines Rahmenvertrages nicht nachzugeben.**

Der nichtstaatliche Schweizer Börsenkonzern SIX wird von der EU ins Rampenlicht gerückt mit einer rein politisch motivierten Anerkennungsfrage. Betroffen werden aber vor allem Investoren aus dem EU-Raum sein, die in gewissen Fällen ihre Investitionen in Schweizer Firmen über Börsen in EU-Ländern zu für sie ungünstigeren Konditionen tätigen müssen. Aktien, die nur an der Schweizer Börse gehandelt werden, sind davon nicht betroffen. Ebenso wenig ist der Schweizer Staat betroffen.

Der Bundesrat und das Parlament sind gefordert, diesem Druckversuch der EU nicht nachzugeben. Die Einbindung der Schweiz durch einen Rahmenvertrag mit der EU widerspricht aus der Sicht der EDU sowohl den Interessen der Schweiz als auch der EU. Die EU-Regierenden haben politisch zwar kurzfristig ein Interesse daran die Schweiz zu schwächen, für die gesamte Entwicklung in Europa ist aber eine starke und eigenständige Schweiz für die EU von grosser Bedeutung. Diese Bedeutung hat der Bundesrat in die Waagschale zu werfen.

Die EDU steht auch den aktuell zur Diskussion stehenden Kohäsionszahlungen kritisch gegenüber. Die EU-Forderung nach mit der EU verknüpften Kohäsionszahlungen darf keinesfalls alle paar Jahre zum politischen Druckmittel der EU verkommen, während EU-Länder immer neue Probleme hervorrufen.

#### **Für weitere Auskünfte:**

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37

Roland Haldimann, Vizepräsident EDU Schweiz, 079 435 36 40